

Bezugspreis: Für den Monat Mai 8000 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 12. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Saar- und Ruhrdebatte im Unterhaus.

Völkerbundsintervention dringend gefordert.

Die Saar-Debatte im Unterhaus, über die wir bereits in unserer Freitag-Abendausgabe berichteten, hat ihre Vorgeschichte in mehreren Anfragen, die vor etwa 10 Tagen, unmittelbar nach der Tagung des Völkerbundes in Genf, von liberaler und sozialistischer Seite an die Regierung gestellt worden waren.

Die Saar-Debatte hat sich dabei ganz natürlich zu einer Ruhr-Debatte ausgebreitet, wobei es den Anschein hat, als ob die Opposition den Saar-Stand nur zum Anlaß nahm, um einen energischeren Vorstoß gegen die gesamte französische Gewaltpolitik und gegen die Passivität der Regierung Bonar Law zu führen.

Das Arbeitermitglied Noel erklärte, daß augenblicklich Vorkereitungen zum Kriege unter französischer Leitung vor sich gingen. Er fragte, ob dies mit Zustimmung Englands vor sich ginge.

Antwort (lib.) betonte, daß England besonders dafür verantwortlich sei, daß Deutschland Gerechtigkeit erhalte, weil es entworfen worden sei.

Der Unabhängige Mosley erklärte, die Regierung habe die Verantwortung übernommen, Deutschland zu veranlassen, ein Angebot zu machen, das von vornherein abgelehnt werden würde.

Hierauf machte Mac Neill seine bereits gemeldeten Ausführungen. Mac Neill fuhr fort, wenn man im Parlament über die britischen Vertreter im Völkerbund immer davon spreche und darauf bestünde, daß man seinen Willen durchsetzen wolle, so werde man bald den Völkerbund zum Scheitern bringen.

Über die bereits kurz erwähnte Rede Cecils liegt eine ausführliche WTB-Berichterstattung vor, aus der zu entnehmen ist, daß er zu seiner neuen Auffassung über die Notwendigkeit einer Völkerbundsintervention in der Ruhrfrage durch seine Erfahrungen in amerikanischen Versammlungen gekommen sei.

Die letzte Aktion der französischen Regierung habe eine so große Veränderung in der Lage hervorgerufen, daß wirklich die Zeit für eine Art internationaler Aktion gekommen zu sein scheine. Die britische Regierung habe auf jeden Fall nach Artikel 11 das Recht, eine Frage dieser Art in freundschaftlicher Weise zur Kenntnis des Völkerbundes oder der Völkerbundsversammlung zu bringen.

sofortige Zusammenkunft des Völkerbundes einberufen wird und daß wir unser Recht nach Artikel 1 geltend machen können.

men ein, daß es in der Macht der Franzosen allein liege, oder der Franzosen und Belgier gemeinsam, den Völkerbund zu hindern, irgend etwas zu tun. Sie können die britische Regierung oder irgendeine andere Regierung nicht hindern, die Frage zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen und eine offene Erörterung zu verlangen, so daß jedes Land gezwungen wird, eine endgültige Stellung vor der Welt einzunehmen und zu erklären, wie es steht.

Das nationalliberale Parlamentsmitglied Fisher (der wiederholt in den Völkerbund delegiert war, Red. d. B.) erklärte, wenn man in England überhaupt an den Völkerbund glaube, so müsse die britische Regierung die Ruhrfrage vor dem Völkerbund zur Sprache bringen.

Der Verwaltungskommission dringen werde, da die Tatsache, daß der augenblickliche Vorsitzende ein Franzose sei, ernstlich dazu beitrage, den Erfolgen der Verwaltung zu präjudizieren.

Die vorläufige und gewundene Antwort, die Mac Neill auf diese dringenden Fragen erteilte, ist zwar noch immer unbefriedigend, doch zeigt die ganze Debatte, daß der Druck der öffentlichen Meinung Englands auf das gegenwärtige Kabinett immer stärker wird.

Die vorläufige und gewundene Antwort, die Mac Neill auf diese dringenden Fragen erteilte, ist zwar noch immer unbefriedigend, doch zeigt die ganze Debatte, daß der Druck der öffentlichen Meinung Englands auf das gegenwärtige Kabinett immer stärker wird.

Der Luftmilitarismus.

London, 11. Mai. (WTB.) Lord Birkenhead fragte in der Oberhausitzung die Regierung, welche Informationen sie über den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe.

Lord Salisbury erwiderte im Namen der Regierung, was die besondere Frage über Deutschland betreffe, so bestünde keinerlei Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung dem Versailles-Vertrag zuwider handele.

Englands Antwort nicht vor Sonntag.

London, 11. Mai. (WTB.) Wie Reuters erfährt, ist die britische Antwort auf die deutsche Note nunmehr fertiggestellt, wird der französischen Regierung jedoch heute noch nicht mitgeteilt werden.

Lohnpolitik und Preispolitik. Profit und Volksinteresse.

Von Frh. Tarnow.

Als die Regierung im Februar die Marktstützungsaktion unternahm, forderte sie von der Wirtschaft und von der Arbeiterschaft unterstützende Hilfsmaßnahmen: jene sollten die Preise abbauen, diese keine weiteren Lohnerhöhungen fordern.

Am 6. März erließ die Regierung die bekannte Kundgebung, in der sie „mit allem Nachdruck“ betonte, daß sie den beschrittenen Weg — Marktstützung und Preisabbau — „entschlossen weiter verfolgen“ werde.

Immerhin gestattete die Parole der Regierung den Arbeitgebervertretern, nunmehr für lauterem Patriotismus auszugeben, was alle Welt sonst als schamde Gewinnsucht und sozialen Unverstand angesehen haben würde.

Wie aber sah es derweilen auf dem Gebiet der Preise aus? Daß die Preise, soweit sie überhaupt Wien dazu machten, auch nicht entfernt den erwarteten Rückgang zeigten, daß die Lebenshaltungskosten statt des versprochenen Rückganges vielmehr im März eine Steigerung um fast 10 Proz. gegenüber dem Februar aufwiesen und Ende April gegenüber dem Märzniveau eine noch größere Steigerung, ist hinreichend bekannt.

Nachstehend einige Proben aus der Holzwirtschaft, die ein ganz besonders geeignetes Objekt für den Preisabbau darstellt. Nach den von der gegenwärtigen Regierung herausgegebenen Richtlinien über die Preisbildung soll für Inlands-erzeugnisse ein Preis berechtigt sein, der der inneren Entwertung der Mark entspricht.

Nun haben die Marktberichte tatsächlich einen Preisrückgang von etwa 20 bis 30 Proz. gemeldet. Das war aber keineswegs eine von den Interessenten gewollte Wirkung der Regierungsaktion, sondern nur das zwangsläufige Ergebnis einer verheerenden Krise, die plötzlich über die holzverarbeitende Industrie hereinbrach und die Holzverkäufe fast ganz zum Stillstand brachte.

Am 8. März druckte der „Holzmarkt“ die Kundgebung ab, die den Preisabbau und die Ablehnung weiterer Lohnerhöhungen forderte.

Man glaubt begreiflicherweise nicht recht an einen ernstlichen Rückgang der Holzpreise, weil man es gerade für sich nicht gerne glaubt. Man munkelt hin und her, ohne zu einem klaren Schluß zu kommen. Hier kann nur eiserne Ruhe und Kalt-

billigkeit helfen, niemals aber Haß und Ueberstürzung, die nur geeignet wären, den ganzen Markt gründlich zu verderben."

Mit banger Sorge sah der „Holzmarkt“, daß der Holzhandel unter dem Druck der Krise sich hier und da verleben ließ, seine Preise herabzusetzen. Darum wiederholt er seine Mahnung am 18. März:

„Der zur Zeit wirklich traurigen Situation gegenüber kann man doch mit Befriedigung feststellen, daß die Holzwirtschaft so gesund dasteht, wie wohl noch nie zuvor. Pflicht für alle, die nicht durch zwingende Verbindlichkeiten zu überstürzten Verkäufen genötigt sind, ist jetzt, die Ruhe zu bewahren, die Ware zu behalten, die wirklich tausendmal besser und begehrenswerter als die Papiermark ist! Unendlich viele sind in der Lage, nach diesem Rezept zu verfahren, ganz Städtische können sogar die Zeit des Preisrückganges zum Verkauf von Ware benutzen, die von dringenden Geldbedürftigen verkauft werden muß, und sie entlasten durch ihre Kaufbereitschaft zugleich den beunruhigten Markt.“

Man beachte das ausgezeichnete Rezept für die Stützung zwar nicht der Mark, aber der Preise: wo sich eine Preisverbilligung zeigt, soll der Holzhandel selber die angebotenen Bestände aufkaufen, damit um Himmelswillen nicht die Konsumenten in den Besitz billigeren Holzes kommen. Gott sei Dank ist die Holzwirtschaft gesund genug, um sich das leisten zu können! Das Rezept hat offenbar auch geholfen, denn am 20. März schreibt das Blatt mit einem tiefen Aufatmen:

„Unsere Mahnung in Nr. 65 hat eine überraschend schnelle und sehr durchgreifende Beachtung gefunden. Am Freitag erschien unser Artikel, am Sonntag und Montag war das Bild in Angebot und Nachfrage schon wie umgewandelt.“

Leider zeigen sich in der ehrfurchtsamen Standesgenossenschaft des Holzhandels immer noch einige räudige Schafe, denen das Gefühl dafür abgeht, was in dieser Zeit die Ehre des Standes verlangt. Ihnen redet der „Holzmarkt“ am 21. März nochmals ins Gewissen:

„Den die bittere Not zum Verkaufen zwingt, der verkaufe in Gottes Namen. Zu Angstverkäufen jedoch liegt absolut keine Veranlassung vor! Wer nur aus Furcht, er könnte später etwa weniger für seine Ware bekommen, zum Verkaufe eilt, der verläßt sich am Ganzen, denn er reißt vorzeitig das wankende Preisgebilde mit ein.“

Am 27. März wiederholt er den eindringlichen Appell an die „Standeschre“:

„So wie die Dinge heute nun einmal liegen, bleibt nur eines übrig: mit äußerster Ruhe die Klärung der Lage abwarten, den Rücken steif halten und auf keinen Fall die Zahl jener Werke, die infolge sekundärer Sorgen verlaufen müssen, durch übertriebene Angstangebote vermehren lassen! Noch einmal: Wer nur aus Angst, die Preise könnten noch mehr fallen, anbietet, fällt dem eigenen Stand in den Rücken! Nur jetzt keine Uebereilung oder gar Ueberstürzung!“

Das ist die Begleitmusik zur Marktstützung- und Preisabbauaktion der Regierung! An der Ruhr wird um das Schicksal Deutschlands gekämpft. Auch der „Holzmarkt“ gerät darüber in innere Bewegung und — rechnet, welches Geschäft dabei wohl für den Holzhandel herauskommen kann. Das Ergebnis dieses Nachdenkens ist keineswegs unbefriedigend, wie er am 19. April verkündet:

„Wenn auch das wirtschaftliche Leben im besetzten Gebiete aufs schwerste geschwächt worden ist, der Holzverbrauch dort vielleicht beträchtlich geringer gemessen sein mag, eins steht fest: der Verbrauch ist von den dort vorhandenen Vorräten gegangen, diese konnten durch neue Zufuhren nicht ersetzt werden, und somit einmal diese Abschmürung des besetzten Gebietes aufhört, wird dieses wie ein Magnet alle verfügbaren Partien heranziehen. Trist dieser Augenblick ein — und er muß kommen —, dann haben wir eine Nachfrage nach Holz zu gewärtigen, die vielleicht größer und

vor allen Dingen gesünder ist als irgend eine zuvor.“

Nun mag der Ruhrkampf enden wie er will, die Holzwirtschaft ist gesund und sie wird durch diesen Kampf noch gesünder werden. Diese tröstliche Aussicht wird den Holzhändlern die feilschen Kräfte geben, um dem Ansturm gegen das „wankende Preisgebilde“ nicht nur weiterhin mit Erfolg zu widerstehen, sondern — man wird nicht lange darauf zu warten brauchen — zur Gegenoffensive überzugehen.

## Die kommende Brotverteuerung.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit der kommenden Brotbewirtschaftung. Als Regierungsvertreter erklärte Staatssekretär Heinrich: Mit Inkrafttreten der neuen Maßnahmen ist die Notwendigkeit von Fürsorgemaßnahmen für Bedürftige gegeben. Dieser Kreis soll eng gezogen werden. Die werktätigen Lohn- und Gehaltsempfänger sollen nicht, wohl aber die Sozial- und Kleinrentner, Kriegssopfer, Erwerbslose und Armegegendempfänger, wenn möglich auch noch Kinderreiche zu dem Kreis der Unterstützungsberechtigten gehören. Die Mittel für diese Verbilligung sollen durch einmalige Zahlung eines Zwangsanleihebetrages am 1. Juli 1923 eingebracht werden. Das ist der einzige Punkt, der den Vertretern der Landwirtschaft schmerzhaft war. Selbst diese Bettelplebänne sind ihnen zu viel. Sie erklärten, daß der Zeitpunkt „ungünstig“ sei. Und auf ihren Antrag wurde deswegen eine Entschließung angenommen, nach der am 1. Juli nur zwei Drittel der Zwangsanleihe zu zahlen sind und der Rest bei der endgültigen Veranlagung. Ist schon das Programm der Regierung eine neue ungeheure Belastung der breitesten Massen, die sich doch irgendwie mit dieser Brotverteuerung auseinandersetzen müssen, so ist an die Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen in dem vorgesehenen Umfang überhaupt nicht zu denken, wenn ein Betrag in Höhe der Zwangsanleihe noch nicht einmal am 1. Juli gezahlt werden soll. Wir haben früher bereits nachgewiesen, daß selbst das geringe Unterstützungsprogramm der Regierung beim heutigen Preisstand mindestens 750 Milliarden voraussetzt, während aus der Zwangsanleihe im allgünstigsten Falle 250 Milliarden eingebracht werden können. Die Bevölkerung wird also diese Segnungen der bürgerlichen Regierungswirtschaft, die in Wirklichkeit nichts anderes als eine nur mühsam verkappte Interessenspolitik des Agrar-, Industrie- und Handelskapitals sind, mit schweren Enttäuschungen und neuen Entbehrungen bezahlen müssen.

## Kommunistische Offenherzigkeit.

Die Zentrale der KPD. gibt für ihre Funktionäre eine Materialzusammenstellung über die „Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen“ heraus, in der der Führer der sächsischen Kommunisten, der Landtagsabgeordnete Paul Böttcher, mit außerordentlicher Offenherzigkeit über die Politik seiner Partei in Sachsen spricht. Zwar muß man bei der Bewertung seiner Ausführungen im Auge behalten, daß sie zum Teil der Verteidigung dieser Politik gegen die Angriffe der eigenen Opposition dienen sollen. Immerhin zeigt die ganze Darstellung, so eindeutig wie nur möglich, was die Kommunisten unter Einheitsfront und gemeinsamer Arbeit verstehen. Nach einer referierenden Darstellung über die Vorgänge nach dem Sturz der Regierung Buch heißt es in der Flugschrift:

„In Sachsen hat die Partei einen entscheidenden Erfolg errungen, auf dem Wege der Liquidierung der Sozialdemokratie zugunsten des Kommunismus und der proletarischen Revolution... Von inneren Fraktionskämpfen gerissen, ohne einheitliche und starke Führung, bot der „Koloß“ B.S.P.D. einen traurigen Anblick jämmerlicher Hilflosigkeit. Die Sozialpartei war nicht mehr Herr über sich selbst. Sie mußte sich den Willen der K.P.D. aufzwingen lassen.“

Eingehend wird dann geschildert, daß der Erfolg der Kommunisten ein Erfolg der Arbeiter über die Führer sei, und es wird berichtet: „Die Spaltung der B.S.P.D. wird in diesen Kämpfen unvermeidlich.“ Diese Hoffnung begründet Paul Böttcher auf die Abmachungen, die bei der Bildung der Regierung Zeigner getroffen wurden, und er bezeichnet sie als „Bedingungen, die über ihren Ausgangspunkt hinaustreiben und die Lösung der Krise auf einer höheren Stufe herbeiführen mußten“. Die Hoffnung auf Spaltung der Sozialdemokratie wird mit dem Wesen der Opposition begründet. „Diese Opposition vermochte eine ganze rechte Führergarnitur abzusagen. Die Partei muß der linken Führergarnitur Gelegenheit geben, den Glauben der sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre eigenen Handlungen zu erschüttern.“ Und siegesicher glaubt Böttcher im Gegenfatz zu dem Pessimismus der Opposition in seiner Partei versichern zu können: „Das Versagen der letzten Führergarnitur der B.S.P.D. wird diesen breiten Massen aus der politischen Erfahrung heraus die historische Rolle der kommunistischen Partei begreiflich machen. Diese Erkenntnis ist dann gleichbedeutend mit der Liquidierung der Sozialdemokratie.“ In Sachsen habe man eine Etappe erobert. Es sei jetzt Sache des Reiches, nachzukommen.

Die „historische Rolle“ der kommunistischen Partei ist den sozialdemokratischen Arbeitern in der ganzen Welt so klar geworden, daß die Belehrung durch Paul Böttcher kaum noch nötig sein dürfte. Sie besteht in der Spaltung und Behrlosmachung der Arbeiterbewegung, die überall da, wo sie, wie in Italien, größere Erfolge aufzuweisen hatten, gegen die Reaktion ohnmächtig geworden ist. Die Kommunisten werden sich in ihren Hoffnungen auf eine Spaltung der Sozialdemokratie bitter täuschen. Die Offenherzigkeit, mit der sie dieses ihr wahres Ziel aussprechen, wird nur dazu beitragen, die Abwehr gegen alle kommunistischen Sprengungsmanöver zu verschärfen, und ihre Anstrengungen, die sozialdemokratischen Arbeiter auf den Weg kommunistischer „Aktionen“ zu bringen, werden in Sachsen genau so wie überall im Reich scheitern.

## Um die Geschäftsordnung.

Die Demonstration der Kommunisten am morgigen Sonntag, die gegen die angebliche Vergewaltigung der Kommunisten im preussischen Landtag gerichtet ist, bekommt ihre besondere Beleuchtung durch folgenden Vorgang. Am Dienstag fand auf Veranlassung von Betriebsräten aus Berliner Betrieben eine Besprechung statt, an der Vertreter unserer Landtagsfraktion und auch kommunistische Abgeordnete teilnahmen. Die Betriebsräte suchten nach irgendeinem Ausweg. Unsere Genossen erklärten sich bereit, bei den anderen Parteien für die Aufhebung der gegen die Kommunisten gerichteten geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen einzutreten, wenn die kommunistische Fraktion durch ein Schreiben an den Präsidenten des Landtages zum Ausdruck bringen würde, daß sie sich an die Bestimmungen der Geschäftsordnung halten will. Die Kommunisten lehnten das zunächst ab, erklärten sich aber auf Drängen der Betriebsräte, die ihnen nahelegten, diesen Weg zu beschreiten, bereit, zu diesem Vorschlag in ihrer Fraktion Stellung zu nehmen. Dort wurde dieser Vorschlag aber abgelehnt, weil die radikalsten Elemente die Oberhand gewannen und weil man aus Prestige Gründen, nachdem die Protestdemonstration einmal angefeuert war, nicht mehr ablassen zu können glaubte.

Die Kommunisten wissen sehr gut, daß die Sozialdemokratie auf der Innehaltung der Geschäftsordnung, die allen Gruppen im Landtag die weiteste Freiheit gibt, bestehen und unter allen Umständen und mit allen Mitteln den ruhigen Gang der Landtagsverhandlungen sichern werden. Wenn die Kommunisten weiter glauben, aus „Programmgründen“ auf jede „Geschäftsordnung pfeifen“ zu müssen, so ist es ihre Sache, die Notwendigkeit eines solchen Programmpunktes für eine Arbeiterpartei ihren Anhängern und Freunden klar zu machen. Jeder geschulte Arbeiter weiß, daß ohne innere Disziplin keine einzige kleine Betriebsversammlung, geschweige denn ein Parlament arbeiten kann und wird deshalb den kommunistischen Rabau richtig zu würdigen wissen.

## Letzte Gäste.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Im Rahmen eines Konzerts der „Internationalen Musikgesellschaft“ hatte Berlin die Freude, eine der renommiertesten Kapellen Deutschlands, das Dresdener Staatsoper-Orchester, begrüßen zu können. Wiener Philharmoniker, Berliner Philharmoniker, Dresdener und Berliner Staatskapelle, Leipziger Gewandhaus-Orchester: das sind die Säulen, auf denen unsere internationale Musikwelt ruht. Soeben lehrte Kurt Singer, unser Stolz, von einer Schweizer und süddeutschen Reise mit dem Gewandhaus-Orchester triumphiert zurück; Andreas in Jülich rüstet sich, mit unserer Philharmonikern zu musizieren; Fritz Busch war bei uns, um zu zeigen, welche heilige Ehre Tradition im Orchester Schicks und Kutschbachs veranlaßt ist. Wir verstehen, warum es Meister Strauß so oft nach Dresden zog, warum er von dort her zuerst sein sinfonisches und Opernwert in die Musikwelt hinaustrug. Das Instrument ist edel und homogen in allen Teilen, über seinem Bläserklang liegt eine weiche Dämmerung, die zu den Streichern einen idealen Übergang schafft. Hier sind die tiefen Saiteninstrumente von vornehmer Souveränität, die Geigen in ihrer dichten Befüllung füllig und doch zart, jeder Farbsetzung fähig. Alles ist beste Zucht, und es ist wahrhaftig, daß jeder Berufene, und nicht nur der einzige Dirigent, dem die Kapelle zu folgen hat (seht eben der junge Busch), ein Wert auf diesem Instrumentalkörper nach seinem Willen gestalten kann. Busch ist noch keiner von den ganz Großen, aber er mußert so frisch, so pausbäckig, so resolut, daß Starker hart um Ausbruch kommt. Werden wachen ihm erst langsam zu. Die Mozart-Variationen von Regner gelangen in ihren sanften Ausläufern besonders schön. Zernachs Sinfonia brevis zeigt von großem Talent, von Sinn für Orchesterfarben, von aufbegehrender Jugend, die wagt und der Form noch nicht Herr geworden ist. Der Wille ist stärker als die Tat, das Herummühen am Ausbruch interessanter, als Thema und Entwicklung. Das Konzert, das mit Straußens Don Quixote schloß, brachte der berühmten Kapelle jubelnden Beifall. Sie möge wiederkehren!

Eine ganze Kapelle ist eher zur Zusammenarbeit, zum pünktlichen Beieinander zu bringen, als ein einziger Tenor, wenn er Paul Benhart heißt. Beste Zusage an einer Oratorienaufführung, eigener Liedabend, plötzliche Abgabe an den Dirigenten: das sind jetzt bei ihm die üblichen Stationen geworden. Stehmann glaubt nicht an die Krankheit und legt einen rotterregten Fessel in das Programm seiner „Jahreszeiten“. Willest ist das nicht ganz gerecht, aber verständlich ist es schon. Kuttmann ist zwar mit so ausgeglichener Stimme ein, daß man die Uebertreibung der Oratorienleiter vom Opernstrengem nur herbeiwünschen kann. Hertha Stolzenberg blieb bei aller Gloriarbeit des Organes etwas herzhaft, Albert Fischer sang seine Arien mit Macht und Ausdruck. Der Chor war bewußtlich und froh, Stehmann selbst verließ sich sehr auf ein zusammengewürfeltes Orchester, halte aber herzlich die frei daliegenden Nummern mit stolzer Hand herauf.

Auch eine zweite Aufführung der IX. Wälserschen Sinfonie konnte nicht für das problematische, unvollendete, im Subjektiven übersteigerte, halbklare Werk einnehmen, zumal hier Berner Wolff einmal mehr Sicherheit als Anbruch hergab.

Die freundlichsten Erinnerungen dieser letzten großen Konzertwoche hatten am Besanglichen. Graveure hat wohl das schönste Organ, das man augenblicklich in Deutschland hören kann, eine Mischung von hellem Tenor und dunklem Bariton. Beide Elemente eint er mit vorbildlicher Technik, und er bindet mit dem Stimmlichen auch das Gegenständliche, das Widerspiel zwischen Mann und Weib in ihm. Ein Keiner, auf Effekt bedachter Zuschauer von Kofeteria, ein Mangel an Herdheit auf Kosten gesteigerter Tonfälligkeit wird gelegentlich einem Schuberischen oder Schumannschen Liebes Gedächtnis. Aber es hilft nichts: das Gold seiner Stimme verdrängt auch diesen kleinen Jeleni-Fied. Ganz besonders schön und im spannend-dramatischen Auf überzeugend klangen ungarische Lieder in der Bearbeitung Korbans. Hier war der Unger Arpad Sándor ein besonders bereicherter Helfer am Flügel.

Dann Elena Gerhardt, die Ritsch-Schülerin. Sie singt die ganze Winterreise. Gefährliches und nicht einmal historisch berechtigtes Unternehmen. Die Texte stehen unverbunden nebeneinander, zur zeitlichen Verbindung fehlt das innere Motiv. Im Partien ist dieser Sopran immer noch von ungetrübter Schöne, eine weiche Seele weiß zu zitiern und zu weinen im voll gebildeten Ton. Der dramatische Akzent deutet eine leichte Bräutigkeit und Schärfe auf, die nur durch die besondere musikalische Kultur der Sängerin wettgemacht wird. Paula Hegner folgt auf den Tasten mit harter und selbstbewusster Hingabe.

Volkstheater und Große Volksoper. Auf den Artikel zur Frage der Krolloper, den wir vorige Woche veröffentlichten, sind uns eine Menge Zuschriften aus den Kreisen der Arbeiterschaft zugegangen, die die unter den Genossen herrschende Stimmung so deutlich charakterisieren, daß wir es für unsere Pflicht halten, einiges daraus zu veröffentlichen.

„Man muß es dem „Vorwärts“ danken“, heißt es in der einen, „daß er endlich gegen die von der Großen Volksoper betriebene Propaganda auf Auslieferung des umgebauten Krolltheaters Stellung genommen hat. Die Große Volksoper liebt es so hinzustellen, als ob sie eine Schwessterorganisation der Volkstheater wäre. Aber schon die ganze Agitation der Großen Volksoper zeigt, daß hier etwas anderes zugrunde liegt als bei der Volkstheater. Es sind ganz die üblichen Geschäftsmethoden, nach denen hier Reklame gemacht wird. Damit steht auch in Einklang, daß in der letzten Generalversammlung der Großen Volksoper ein Beschluß gefaßt wurde, der den Bestehenden noch viel höhere Vorrechte gibt, als sie bisher hatten. Bis dahin galt nämlich eine Bestimmung, daß kein Aktionär mehr als 5 Stimmen führen dürfe. Diese Bestimmung ist nun aufgehoben. Es kann also jetzt eine kleine Gruppe von Kapitalisten die vielen kleinen Aktionäre glattweg überstimmen. Das ist nicht die Art, wie ein Arbeiterinstitut aufgebaut sein darf. Eine so enge Verbindung zwischen der Großen Volksoper und der Volkstheater, wie sie augenblicklich die Große Volksoper will, indem sie von der Volkstheater das Haus am Königsplatz verlangt, würde in der Berliner Arbeiterschaft nicht verstanden werden.“

„Wenn die Volkstheater“, schreibt ein anderer, „wirklich auf das Verlangen der Großen Volksoper eingehen und ihr das Krolltheater zurückzugeben sollte, so wäre das geradezu ein Verrat an den Mit-

gliederinteressen. Da hrelang haben die Mitglieder der Volkstheater ihre Bauzuschläge zu den Beiträgen bezahlt, aber doch nicht, damit sie der Großen Volksoper ein neues Haus bauen. Die Mitglieder der Volkstheater haben einen Anspruch darauf, daß sie in dem ehemaligen Krollhaus, wie es ihnen immer versprochen ist, Vorstellungen der Staatstheater bekommen. Man muß sich wundern, daß die Leitung der Volkstheater gegen den Plan der Großen Volksoper nicht viel energischer Stellung nimmt. Vielleicht sind Sie so freundlich, das ihrerseits nachzuholen! Bitte weisen Sie im „Vorwärts“ mit allen Mitteln darauf hin, daß die Mitglieder der Volkstheater nicht daran denken würden, sich mit einer Auslieferung des Hauses an die Große Volksoper abzugeben. Die Art und Weise, wie die Mitglieder von der Großen Volksoper im Theater des Westens behandelt wurden, hat schon genug Enttäufung erweckt.“

„Einer Aktiengesellschaft“, heißt es in einer dritten Aufschrift, „die Gesellschaftsabend im Hotel Eplandé veranstaltet und die es immer so darauf angelegt hat, durch ihre Propaganda in der Öffentlichkeit die Volkstheater zu schädigen, hätte man schon längst erklären müssen: wir haben mit euch nichts zu tun! In unseren Ordnerversammlungen ist das ja auch schon oft genug zum Ausdruck gekommen. Ich will mir nicht anmaßen, über die künstlerischen Leistungen der Volkstheater ein Urteil zu fällen. Ich kann sie insbesondere nicht mit denen der Staatstheater vergleichen, da ich in der Staatstheater noch kaum Gelegenheit hatte, eine Aufführung zu sehen. Aber ich muß das unterstreichen, was schon in dem Artikel im „Vorwärts“ gesagt war, daß wohl kein Mitglied der Volkstheater im Vorstellungs der Großen Volksoper zufrieden sein würde. Der Verein hat die mit den Vorstellungen im Theater des Westens unzufriedenen Mitglieder immer auf die Fertigstellung des Hauses am Königsplatz verdrängt. Jetzt ist es endlich so gut wie fertig. Jetzt müssen die Versprechungen aber auch wahrgemacht werden. Der Staat hat einfach die Pflicht, der Volkstheater die Vorstellungen zu liefern, nachdem eine solche Abmachung getroffen ist. Im übrigen braucht man wohl nicht allzu traurig zu sein, wenn die Große Volksoper einen eigenen Theaterbetrieb verliert. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft kein Interesse daran, daß die Große Volksoper ein eigenes Theater behält. Ein Unternehmen, das so kapitalistisch organisiert ist und das von jeher immer darauf hinaus war, die Volkstheater zu schädigen, erst indem man den Eindruck zu erwecken sucht, als wäre der Bau am Königsplatz eine Sache der Volkstoper, dann, indem man jetzt der Volkstheater dieses Haus wirklich abzugeben sucht, hat bei der Arbeiterschaft Berlins keine Sympathien.“

Die größte Briefmarkenausstellung der Welt. Die Londoner Internationale Briefmarken-Ausstellung, die am 14. Mai in der Royal Horticultural Hall eröffnet wird, ist die größte Briefmarkenausstellung, die die Welt bisher gesehen hat; mehr als eine Million Briefmarken werden zu sehen sein, und man schätzt den Gesamtwert der hier vertretenden Briefmarken auf 2 Millionen Pfund Sterling. Die Sammlungen stammen von etwa 800 der größten Philatelisten in Großbritannien sowie in den anderen Ländern Europas, in Amerika und Japan. Die kostbarste einzelne Marke auf der Ausstellung ist das einzige bekannte Exemplar der 1 Cent

## „Populaire“ gegen die Werdenener Schande.

Paris, 11. Mai. (Mit.) Der sozialistische „Populaire“ ist bisher das einzige Pariser Blatt, das den Aufstand gegen das Urteil des Werdenener Kriegsgerichtes zu protestieren. Das Blatt schreibt: „Dieses Urteil muß jeden Franzosen mit Scham erfüllen, wenn er sich erklärt, wie man die nordfranzösischen und belgischen Industrien, die dem Befehl der deutschen Okkupationsbehörden Widerstand geleistet haben, als Nationalhelden gefeiert hat. Darüber hinaus sei zu befürchten, daß der Spruch des Kriegsgerichtes in Deutschland eine höchst gefährliche Atmosphäre schaffe und alle Kreise der Bevölkerung erbittern müsse, so daß die Bemühungen derjenigen, die für eine Politik ehrlicher Erfüllung kämpfen, künftig auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würden als bisher. Man müsse sich in der Tat fragen, was die französische Regierung eigentlich bezwecke. Wenn ihre Politik wirklich auf eine Verständigung, auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und des Problems der Sicherheit gerichtet sei, dann sei die Maßnahme von Werden, die alles andere darstelle als ein Gerichtsurteil, unbegründet.“

## Protest des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben: Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den unmenslichen Urteilen des französischen Kriegsgerichts in Mainz, wodurch neben anderen auch zehn Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf Jahrzehnte hinter Kerkermauern verbannt werden, nachdem sie bereits bis zu drei Monaten in Haft gehalten wurden. Die Verurteilten haben nichts getan, als was ihnen ihr Pflichtgefühl und ihre ehrliche Überzeugung gebot. Sie haben gehandelt, wie sie als gewerkschaftlich organisierte deutsche Eisenbahner und Funktionäre handeln mußten und wie es ihre Organisationsstellung als etwas Selbstverständliches verlangte. Ihre Verurteilung ist ein roher Gewaltakt. Brutale Kriegsmacht hat an die Stelle des ordentlichen Rechts das System der Willkür und Schreckensherrschaft aufgerichtet, weniger um einzelne Personen zu treffen, als um die Organisation der Eisenbahner durch Furcht und Schrecken ihren Wünschen gefügig zu machen. Aber die Rechnung ist falsch: So wenig sich die deutschen Eisenbahner bisher durch Drohungen und Verleumdungen, Mißhandlungen und sonstige schöne Tugenden der Gewalttätigen von ihren Pflichten abdrängen ließen, so wenig wird es durch solche Inquisitionsurteile geschehen. Nach wie vor werden es die Eisenbahner ablehnen, unter Bajonetten und unter einer fremden Herrschaft dem Imperialismus zu dienen. Sie werden nach wie vor dem Lande die Treue halten, das sie geboren hat und das ihnen bisher Brot gab. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat wiederholt an das Gewissen der Welt appelliert gegen die Mißhandlungen, Ausweilungen und Tötungen seiner Mitglieder durch französisches und belgisches Militär, er hat wiederholt der Welt gesagt, daß seine unter dem Druck lebenden Mitglieder nichts anderes gethan haben, als was jeder ehrliche und ehrliebende Mensch seiner Heimat, seiner Familie und seinem Vaterlande schuldig ist. Der Deutsche Eisenbahnerverband appelliert erneut an das Weltgewissen gegen die brutale Willkür des Militarismus, die ohne einen Schein von Recht ehrliche und ehrliebende Deutsche in den Kerker wirft. Diese Tat dient der Schürung des Völkerrasses, sie muß den Zorn und die Empörung aller gerecht denkenden Menschen hervorgerufen.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes entbietet den verurteilten Kollegen als den Opfern blinder Rachejustiz seinen Gruß. Er erwartet, daß mit ihm die international führende Arbeiterschaft alles tun wird, um die Weiden der eingekerkerten Kollegen abzukürzen und er hat das Vertrauen, daß der besonders von den Eisenbahnern geführte Ruhrkampf die Ruhrarbeiterchaft davor bewahrt, in die Sklaverei französisch-belgischer Kapitalisten zu geraten.

## Statt drei Jahre eins!

Düsseldorf, 11. Mai. (Mit.) Heute fand in Düsseldorf vor dem Kriegsgericht nochmals eine Verhandlung gegen den Bürgermeister Schäfer von Essen statt. Bürgermeister Schäfer war Anfang März wegen Nichtbeachtung eines Requisitionsbefehls zu zwei

British Guano-Markte von 1856. Sie wurde vor vielen Jahren von einem Jungen in Demerara entdeckt, der sie einem anderen Jungen für 6 Schilling abkaufte. Als man die Einzigartigkeit dieses Stückens Bapiers erkannt hatte, wurde sie von einem Pariser Sammler für 150 Pfund Sterling erworben und blieb fast ein halbes Jahrhundert im Besitz dieses Sammlers, bis sie nach seinem Tode an den jetzigen Eigentümer für 7000 Pfund Sterling verkauft wurde. Schulkinder haben überhaupt mit die wichtigsten Entdeckungen auf dem Gebiete des Briefmarkensammelns gemacht. Aus dem Album eines solchen jugendlichen Philatelisten stammt auch eine der kostbarsten Marken der Sammlung des Königs von England, ein besonders gut erhaltenes gestempeltes Stück der 2d-Orange-Marke von Mauritius. Sie war ursprünglich im Besitz eines Schulkinders gewesen, der sie in sein Album legte und dann die ganze Sammlung verlor. Als erwachsener Mann verkaufte er diese Sammlung und bekam für die 2d-Orange 1450 Pfund Sterling.

Sommerfrühe auf Schienen. Einen glücklichen Einfall haben es die mit Gläsern nicht gelegneten Frauen von New York zu danken, daß ihnen heute die Möglichkeit geboten ist, sich im Sommer im Freien erholen zu können. Angesichts der unerschwinglich hohen Preise, die in den Sommerfrühen gefordert werden, war es ihnen bisher kaum möglich, dem Ausflügen New Yorks zu entsinnen. Ein Teil hatte es zwar versucht, sich als Vorleserinnen, Kaffierinnen oder Dienstmädchen während des Sommers auf dem Lande eine Stellung zu suchen, die ihnen Erholung in frischer Luft gestattete. Aber hier handelte es sich doch immer nur um eine Zufallsmöglichkeit. Jetzt hat die Liga der arbeitenden Frauen einen Ausweg gefunden. Man hat für billiges Geld eine große Anzahl von ausrangierten Eisenbahnwagen erworben, die zu Landhäusern umgewandelt, nach Belieben ihren Standort wechseln können. So ist jetzt 2½ Stunden von New York entfernt eine Waggonstadt entstanden, die ihren Ansassen gestattet, sich in Wald und Flur zu erholen.

Vom neuen Brodhaus ist jetzt der dritte (vorletzte) Band erschienen. Er umfaßt die Buchstaben B bis R und kostet in halbkleinen gebunden „bis auf weiteres“ 37 000 M. Die Vorzüge, die die ersten beiden Bände auszeichneten, sind auch diesem eigen: absolute Zuverlässigkeit in allen tatsächlichen Angaben, Ausschaltung jeder politischen oder religiösen Tendenz, bei aller notwendigen Knappheit der Form Deutlichkeit und Gemeinverständlichkeit und eine bis auf die allerjüngste Vergangenheit durchgeführte Aktualität, die über die neuesten Errungenschaften der Luftschiffahrt ebenso informiert wie über die Molekular- und Relativitätstheorie und den französischen Einbruch in das Ruhrgebiet. Schlagwortverzeichnis zu den Texten und Übersichten, sowie zu den Karten bilden eine sehr willkommene Beigabe, indem sie die Benutzung der bisher erschienenen Bände wesentlich erleichtern.

Genk Friedrichs letzter Vortragabend ist am 18. 7/8 im Reiter- (a. l.) Klub Saal, 88. Zum Vortrag gelangen Vorträge über den deutschen Vorkriegs- und den Weltkrieg für alle Eltern und deren erwachsene Kinder.

Die Galerie J. Galber, Kurfürstendamm 223, eröffnet am 12. Mai, 12 Uhr, eine neue Ausstellung mit Kollektionen von D. Wolf, D. Michaelson; außerdem zeigen zwei Maler E. G. S. K. Kr. und E. G. S. K. Kr. zum erstenmal in Berlin ihre Arbeiten.

Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Wegen eines Formfehlers war von der französischen Besatzungsbehörde das Verfahren erneut aufgenommen und bei der zweiten Verhandlung in Reddinghausen Bürgermeister Schäfer zu drei Jahren Gefängnis und sechs Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die hierauf von dem Angeklagten eingelegte Revision führte heute zu seiner Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe.

## Die Austreibung der Eisenbahner.

Köln, 11. Mai. (Mit.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Die Franzosen haben heute in Konz und Karthaus weitere furchtbare Maßnahmen ergriffen. Rund hundert Eisenbahnerfamilien mußten in kürzester Frist ihre Wohnungen verlassen, ohne daß ihnen gestattet wurde, das geringste mitzunehmen. Ganze Viertel waren durch Spahis abgesperrt. Die Familien wurden auf den Bahnhof gebracht und sofort abtransportiert. Um sich die Möbel der Eisenbahner zu sichern, haben die Franzosen in beiden Orten von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine vollständige Verkehrsperre verhängt. Auch die Straße von Euren nach Tzel wurde abgesperrt.

Köln, 11. Mai. (Mit.) In Trier mußten heute wiederum rund 100 Eisenbahnerfamilien ihre Wohnungen verlassen, ohne das Geringste mitzunehmen. Ganze Viertel wurden durch Spahis abgesperrt. Die Familien werden sofort abtransportiert. Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens wurde eine vollständige Verkehrsperre verhängt.

Unter den ausgewiesenen Eisenbahnern in Offenburg befindet sich auch der Bruder des früheren Reichstanzlers, der badische Landtagsabgeordnete Genosse Wirth.

## Ruhrchronik.

Essen, 11. Mai. (Mit.) Infolge Kohlenbruchs und Verzögerung der Steuerung fuhr heute früh, 5½ Uhr, ein Krupp'sches Pastero, das Arbeiter von Werden nach Essen zur Arbeit brachte, gegen eine Mauer. Von den auf dem Auto befindlichen Arbeitern wurde der Arbeiter Stein getötet, 22 Arbeiter wurden verletzt, darunter drei schwer. Keiner der Verletzten mußten in den Krankenanstalten bleiben.

## Zusammenstoß mit Arbeitlosen.

Gelsenkirchen, 11. Mai. (Mit.) In Gelsenkirchen kam es am 9. d. M. zu einem Zusammenstoß der Polizei mit Arbeitlosen, die einen Angriff auf eine Polizeiwache unternahmen. Drei Demonstranten und ein Polizeibeamter wurden verletzt. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

## Deutschvölkische Kundgebung.

Die sogenannten „Bereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“, die in Wirklichkeit nur eine Verkleidung der deutschvölkischen Organisationen sind, rufen zum Sonntag zu einer Demonstration auf den Rudolf-Wilde-Platz vor dem neuen Schöneberger Rathaus auf. Die Demonstration soll gegen die Kriegsgerichtsentscheidungen in Werden und Mainz gerichtet sein. Die Deutschvölkische Volkspartei hat es für richtig befunden, sich dieser Demonstration anzuschließen. Die Deutschvölkischen, deren Organisationen durch sinnlose Sabotageakte im Ruhrgebiet den passiven Widerstand der Bevölkerung aufs schwerste gefährden, sind jedenfalls am wenigsten berufen, gegen Imperialismus und Militarismus zu demonstrieren. Von ihren Methoden will jedenfalls die Ruhrbevölkerung nichts wissen.

## Der englisch-russische Konflikt.

London, 11. Mai. (Mit.) Der den Gewerkschaftskongress, die nationale Arbeiterpartei und die Parlamentsarbeiterpartei vertretende National Joint Council trat heute im Unterhause zusammen, um die durch die Note der britischen Regierung an Rußland geschaffene Lage zu erörtern. Nach Beendigung der Sitzung wurde eine Mitteilung veröffentlicht, worin stärkste Mißbilligung des Wortlautes der Note ausgedrückt und gefordert wird, daß eine Konferenz einberufen oder die Entscheidung eines Schiedsgerichts oder internationalen Gerichtshofes herbeigeführt werden soll.

London, 11. Mai. (Mit.) Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im Foreign Office, Mac Neill, teilte im Unterhause mit, daß der englische Vertreter in Moskau beauftragt worden sei, eine Untersuchung über die Beschlagnahme des englischen Fischdampfers „Lord Astor“ durch ein russisches Kanonenboot an der Murmanküste anzustellen. Falls der englische Fischdampfer tatsächlich aufgebrochen worden sein sollte, so solle dessen sofortige Freilassung sowie die Heimführung der Mannschaft gefordert werden. Mac Neill teilte ferner mit, daß das englische Kanonenboot „Harebell“ an die Murmanküste abgegangen sei, um die englischen Schiffe, die sich außerhalb der russischen Hoheitsgewässer befinden, zu schützen und nötigenfalls Gewalt anzuwenden.

Das Exekutivkomitee der Labour Party richtete an die Sowjetregierung ein Telegramm, worin sie unter Anführung der erwähnten Regierungserklärung bittet, die russische Regierung möge sich jeder Aktion enthalten, die die Anwendung von Gewalt oder sogar den Krieg herbeiführen müßte, solange neue Verhandlungen über das Verhalten Großbritanniens nicht stattgefunden haben. Die Labour Party arbeite hier für den Frieden und für die vollständige Anerkennung der russischen Regierung. Die Möglichkeit eines Bruches beängstigte sie, solange noch nicht alle Mittel, einen Schiedspruch und Verhandlungen herbeizuführen, versucht worden seien. Man werde am Dienstag eine Debatte über die englische Note herbeiführen.

Saladin teilte im Unterhause auf eine Anfrage Macdonalds mit, daß eine Gelegenheit für eine Debatte und Abstimmung über die Frage der russischen Note gegeben werden würde. Die Erörterung könne am Dienstag stattfinden. Saladin lehnte jedoch ab, zu erklären, daß keinerlei Aktion unternommen werde, bevor diese Debatte stattgefunden habe.

Lord Curzon hat den britischen Vertreter in Moskau angewiesen, mit der ganzen englischen Mission nach England zurückzuführen, falls die Sowjetregierung die britische Note nicht binnen 10 Tagen beantwortet, oder wenn die Antwort offenbar unzufriedenstellend sei.

## Zur Ermordung Worowskis.

Bern, 11. Mai. (Mit.) Auf Ersuchen des Botschafters des Politischen Departements berief der Bundespräsident am heute vormittag eine außerordentliche Sitzung des Bundesrats ein, um zu der durch die Ermordung Worowskis entstandenen Lage Stellung zu nehmen. Am Schlusse der Sitzung wurde folgende Mitteilung bekanntgegeben:

Der Bundesrat hat mit Entrüstung die Nachricht vernommen von dem Attentat, das gestern abend in Lausanne verübt worden ist. Er stellt fest, daß es sich um eine private Tat der Rache handelt, die um so bedauerlicher ist, als sie an einem Orte verübt wurde, wo gerade eine internationale Konferenz tagt. Er verurteilt sie öffentlich als Verletzung der Moral und der Gesetze, die die demo-

kratische Rechtsordnung schützt. Er hat beschlossen, einen hohen Beamten des Politischen Departements nach Lausanne zu entsenden, um den Opfern des Attentats und ihren Angehörigen das Beileid auszusprechen.

Heute morgen wurde der Mörder Conradi vom Untersuchungsrichter verhört. Er wiederholte, daß er seine in Rußland gemarterte Familie rächen wollte. Auf die Frage, welchen Organisationen er angehört, verweigerte er die Auskunft. Eine Spur der Polizei scheint nach Genf zu führen, von wo der Mörder gestern einen Geldbrief erhalten haben soll. Von der Presse wird auch ein gewisser Dr. Markus aus Berlin genannt, mit dem der Mörder in Lausanne gesehen worden sein soll.

Friedrich Edler von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft und Reichstagsabg., ist an den Folgen einer Operation gestorben. Sein Nachfolger im Reichstage wird Ingenieur Paul Tafel sein. Braun wurde auf Grund einer gemeinsamen Liste der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gewählt.

## Preussische Unterrichtsfragen.

In der Landtagsitzung am gestrigen Freitag erklärte Präsident Leinert zu Beginn, daß er in seine am Mittwoch ausgesprochenen Worte der Teilnahme auch die Märtyrer des nationalen Gedankens einschließe, die neuerdings von den Franzosen zu hohen Gefängnisstrafen, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und sogar zum Tode verurteilt worden sind. Auch hier zeige sich, wie furchtbar mit den Deutschen umgesprungen werde von jenen, die sich so oft vor aller Welt als die Kulturnation bezeichnet haben.

Die Einsprüche der 18 ausgeschlossenen Kommunisten werden abgelehnt; nur die drei Unabhängigen Obuch, Rusch und Neumann stimmen für die Einsprüche. — Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Verwaltung des Siedlungsverbandes Ruhr-Fahlendebitz wird angenommen.

Hierauf berät das Haus den Kultusetat beim Abschluß

## Lehrerbildungsvesen

weiter. Abg. Hoff (Dem.) führt einen Fall an, wonach ein Lehrer nach dem Rathenau-Mord erklärt hatte, es sei ganz gut, daß der „Recht“ tot sei, es müßten noch weitere folgen. Gegen diesen Lehrer geschah weiter nichts, als daß er lediglich auf das „Ungehörige seines Benehmens hingewiesen“ wurde. Das bedeute eine Beleidigung der Dignität der Republik.

Ein Vertreter des Kultusministeriums bestreitet, daß diese Äußerungen gefallen seien. Deshalb sei nicht mit voller Schärfe gegen den Lehrer vorgegangen worden. — Es sei gelungen, durch Zusammenfassung verschiedener Gesellschaften den Volksbüchereien größere Zuwendungen zu machen. Zur Preisverteilung habe man dabei 40 000 Bücher angekauft worden; selbstverständlich habe man dabei die verschiedenen Weltanschauungen berücksichtigt.

Abg. Frau v. Kulejka (D. Sp.) dankt dem Minister dafür, daß er bei dem gesteigerten religiösen Bedürfnis vier Religionsstunden in der Grundschule festgesetzt hat.

Beim Abschluß

## Provinzialschulkollegium, Prüfungsämter, höhere Lehranstalten und Turnwesen

wendet sich Abg. Frau Jensen-Riel (Soz.) gegen die Erörterung der Einführung der Aufbau- und Oberschulen durch das Kultusministerium. An Stelle des Zupiel an fremdsprachliche Unterricht muß die Weidung des Verständnisses für die Seele der fremden Völker treten. Zu begrüßen ist, daß der Minister kein allzu großes Gewicht auf die Prüfungen legen will — zu bedauern, daß er sich auf die neunjährige höhere Schule festgelegt hat. In Hamburg erklärte er, daß er mit der neunjährigen höheren Schule stehe und falle. Wir sind für die achtjährige höhere Schule. Wenn der Minister, der beim Kapitel Sparlament beinahe wie der Finanzminister gesprochen hat, sparen will, dann sollte er hier einmal die Gelegenheit beim Schopf packen und es mit acht Jahren probieren. Zu bedauern ist, daß das Haus so wenig Verständnis zeigt für

## Die Bedeutung der gemeinsamen Erziehung

und des gemeinsamen Unterrichtes beider Geschlechter. Wir sind für die gemeinsame Erziehung. Diese Frage hängt aufs engste mit der gesamten Schulreform zusammen. In der Hamburger Gemeinschaftsschule hat man mit dem gemeinsamen Unterricht nur gute Erfahrungen gemacht. — Wenn der Minister auf die sittlichen Verhältnisse der Jugend hinweist, so darf er nicht vergessen, daß die Jugend nur ein Spiegelbild des herrschenden Geistes ist. Bei all diesen Erörterungen handelt es sich um die traurige Erbfolge des tief unglücklichen Krieges. — Zur Illustration der schwächlichen Haltung des Ministeriums gegenüber Schülern und Lehrern, die sich als

## Feinde der Republik

offenbaren, bringt Genossin Jensen eine Reihe bezeichnender Fälle vor. Sie weist auf den Fall von Nowawes hin, der für die Einstellung der Schulbehörde typisch sei. Wenn rechtsabfällige Beamten den politischen Mord überbrachten, dann redet der Kultusminister von „Ethis“ und tadelte den Lehrer, der kein Verständnis für dieses Ethis besitze. Wenn in den höheren Schulen des Kaisers Geburtstag mit Schwarz-Weiß-Rot gefeiert werde, wenn in den höheren Schulen die Wandkalender mit antisemitischen Redensarten bedeckt seien und die antirepublikanischen Direktoren nichts dagegen einzuwenden hätten, so sei es Pflicht des Ministeriums, einzugreifen. Gesetze das nicht, dann stehe eben die Haltung des Ministeriums in schreiendem Gegensatz zu den Worten des Ministers über Staatsgesinnung, Volksgemeinschaft und Bejahung des Staates, so wie er vor uns steht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Grebe (Z.) will von der Aufbauschule als Normalschule nichts wissen.

Zu dem Fall in Nowawes erklärt ein Vertreter des Ministeriums, die von dem Lehrer geübte Kritik sei infolge ihrer ironischen Bemerkungen pädagogisch anfechtbar gewesen. Schüler und Lehrer hätten das Recht, in den Aufsätzen wie in der Kritik offen ihre Ansichten darzulegen.

Abg. Steffens (D. Sp.) verteidigte den Minister in seiner Stellung zur neunjährigen höheren Schule, während Abg. Hoffschalk (Dem.) herrn Boelch darauf aufmerksam macht, daß er nicht lediglich ein Koalitions- und Kompromißminister sein dürfe, sondern ein Erzieher zur nationalen Demokratie sein müsse. Weiterberatung heute, Sonnabend, 11 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

Die jüngsten kommunistischen Rüpeln im Preussischen Landtag bringen wahrscheinlich eine Verschärfung der Geschäftsordnung. Einem Abgeordneten, der nach Ausschluß aus der Sitzung versucht, gewaltsam in den Sitzungssaal einzudringen oder die Ordnung des Hauses zu stören, wird das Betreten des Hauses verboten. Neben dieser Änderung der Geschäftsordnung sind zwei Versuchsändernde neue Bestimmungen im Diätengesetz vorgezogen: Die Diktien und die Eisenbahnfreikarte sollen in Fortfall kommen vom Tage des Ausschusses des Abgeordneten bis zu seiner Wiedergewählung. Von einer ständigen Landtagspolizei aus Kriminalbeamten dürfte abgesehen werden.

## Aufgehobene Immunität.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten hat am Freitag der Geschäftsausschuss des preussischen Landtags die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Pieck beschlossen. Gegen Pieck liegt ein Strafantrag des Staatsanwalts wegen Verteilung von Flugchriften in der Reichswehr vor.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Emanzipation der Eisenbahner.

Die Eisenbahner, die es im kaiserlichen Deutschland nicht wagen durften, ihre Ueberzeugung offen zu bekennen, sind beim Sturz der sie unterdrückenden alten Herrschaft dem Beispiel ihrer Klassen-genossen gefolgt und haben sich im Deutschen Eisenbahnerverband (DEB.) zusammengeschlossen, um in Gemeinschaft mit der gesamten freien Arbeiterbewegung die Befreiung der kapitalistischen Produktionsweise und deren Ersetzung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung anzustreben. Von den zahlreichen anderen noch bestehenden Eisenbahnerorganisationen ist der DEB. die einzige, die sich klar und offen zu den sozialistischen Grundgedanken bekennt. Der gewaltigen Kraft dieses freien Bekenntnisses ist es zu verdanken, wenn der DEB. die gegnerischen Eisenbahnerverbände nicht nur an Zahl, sondern

an Bedeutung weit überträgt.

Es gibt heute im Gebiete der Reichseisenbahn keinen bedeutenden Ort mehr, der nicht vom Einfluß des DEB. berührt oder gar beherrscht wird. Auch steht ein respektabler Teil der Eisenbahner, insbesondere der Beamten, indifferent oder in den anderen Verbänden zerstückelt abseits und hat den Weg zur Einheitsorganisation noch nicht gefunden. Ein weites Feld für die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit liegt noch vor der jungen Organisation, deren Mitglieder nicht, wie dies in den anderen Gewerkschaften der Fall ist, eine jahrzehntelange Schulung hinter sich haben.

Nach dem Zusammenbruch strömten die Massen der Eisenbahner im DEB. zusammen. Alle von der großen Sehnsucht erfüllt, als gleichberechtigte Menschen und Staatsbürger zu gelten und auf dem Wege des demokratischen Mitbestimmungsrechts, insbesondere durch die Konzentration ihrer Kraft in der Organisation einen möglichst großen Einfluß auf die

### günstige Gestaltung ihrer Lebensbedingungen

geltend zu machen. Und dieses Verlangen war berechtigt und notwendig, denn zu mißheimlichen Zeiten wurden die Eisenbahner nicht nur schlecht behandelt, sondern auch trotz ihrer schweren und verantwortlichen Arbeit sehr schlecht entlohnt. Die gelben und schwarzen Verbände, die im monarchistischen Deutschland immer gern gesehen waren, haben diesen Zustand geduldet und auch seine Befestigung nicht angestrebt. Die Gleichstellung der Eisenbahner mit dem Einkommen der Privatarbeiter ist hauptsächlich eine Errungenschaft des DEB.

Die Jugend der Organisation und ihre Empfindlichkeit für die Einflüsse unserer wirtschaftlich und politisch so stark bewegten Zeit bringt es mit sich, daß gerade im DEB.

### der Richtungsstreit

so stark in Erscheinung treten konnte. Die gegenwärtige Krise, in der sich die Ortsgruppe Berlin befindet, zeigt, daß der geistige Kristallisationsprozeß innerhalb des Verbandes nicht minder schwierig ist, als die organisatorische Ueberwindung seiner zahlreichen außenstehenden Gegner. Nicht nur die gesamte organisierte Arbeiterklasse verfolgt den Ausgang dieses Prozesses mit dem allergrößten Interesse, sondern auch die Eisenbahnverwaltung und insbesondere das kapitalistische Unternehmertum weiß, von welcher Bedeutung die Uneinigkeit der Eisenbahner für die weitere Entwicklung ist, denn sie haben viel mehr als die Eisenbahner selbst die Bedeutung des DEB. erkannt.

Die Eisenbahner müssen sich klar werden, was der DEB. für sie ist, daß er

### ein ausschlaggebender Faktor

in der künftigen Entwicklung unserer sozialen Kämpfe werden kann, wenn sie es verstehen, ihn im Sinne der Einheitsorganisation auszubauen und zu festigen. Wie notwendig sein Einfluß im Erstzinstampfung des Eisenbahnerpersonals ist, zeigen die arbeiterfeindlichen Absichten und Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung immer deutlicher. Die systematische Verlängerung der Arbeitszeit namentlich im Betriebe, durch die willkürliche Anwendung der vorläufigen Dienstvorschriften, die geplanten umfangreichen Entlassungen, der Kampf der Verwaltung gegen die Betriebsräte, insbesondere aber die verständnislose auch für die übrige Arbeiterklasse schädliche Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung lassen die Linie der künftigen Entwicklung und die Größe der zu lösenden Aufgaben immer klarer erkennen.

Es ist deshalb die Pflicht wie das wohlverstandene Interesse der Eisenbahner, geschlossen, Mann für Mann, alles daranzusetzen, damit heute bei der Betriebsratswahl der DEB. einen glänzenden Sieg davonträgt. Nur die Betriebsräte, die sich auf die große Organisation des DEB. stützen, können die Interessen der Eisenbahner wirksam vertreten. Sie allein verbürgen die Emanzipation der Eisenbahner. Jeder Klassenbewußte Eisenbahner stimmt heute für die Liste

### Deutscher Eisenbahnerverband.

## Der Streik im Einzelhandel beendet.

Gestern fanden vor dem Demobilisationskommissar Verhandlungen über die Forderungen der Angestellten im Einzelhandel statt. In später Abendstunde kam schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

Für Monat April wird auf die Märzgehälter eine Nachzahlung von 15 Proz. gegeben. Für Mai erfolgt auf die Märzgehälter eine Erhöhung von 62 1/2 Proz. Spätestens innerhalb acht Tagen wird auf die Märzgehälter ein Vorschuß von 10 Proz. ausbezahlt. Maßregelungen wegen des Streiks erfolgen nicht. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt heute, Sonnabend, früh. Damit hat der Streik nach kurzer Dauer ein erfolgreiches Ende gefunden.

## Anpassung an die Geldentwertung.

Infolge der Geldentwertung war der Entlassungsschutz der Arbeitnehmer aus dem Betriebsrätegesetz sogar wie hinfällig geworden, da die auf Grund des letzten Jahresarbeitsverdienstes errechneten Entschädigungssummen für die Unternehmer eine Bagatelle bedeuteten und infolgedessen willkürlichen Entlassungen Tor und Tür geöffnet waren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat infolgedessen am 21. Februar an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag gerichtet, daß durch eine Novelle zum

Betriebsrätegesetz die Anpassung der Bestimmungen des § 87 an die Geldentwertung unbedingt erfolgen müsse. In demselben Sinne hatten sich der Allgemeine freie Angestelltenbund und ebenso auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Außerdem war im Sozialpolitischen Ausschuß des Deutschen Reichstages die Angelegenheit aufgegriffen worden. Am 16. April wurde dem Deutschen Reichstag ein von uns bereits veröffentlichter Initiativantrag sämtlicher Parteien unterbreitet, welcher debattierbar einstimmig zur Annahme gelangt ist. Im Reichs-Gesetzblatt, Teil I, Nr. 32 vom 4. Mai 1923, Seite 258, ist nunmehr der Gesetzesentwurf veröffentlicht.

Mit diesem Gesetz ist der ursprüngliche Sinn des § 87 des Betriebsrätegesetzes wiederhergestellt. Alle Entlassungsstreitigkeiten, die auf Grund der §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes von den Schlichtungsausschüssen entschieden werden müssen, fallen vom 6. Mai 1923 an unter die Bestimmungen des neuen Gesetzes. Die Schlichtungsausschüsse sind also verpflichtet, der Berechnung der Entschädigungssumme einen Betrag zugrunde zu legen, welcher sich aus dem Jahresarbeitsverdienst ergibt, der aus der Multiplikation des Monatsgehalts der Berufsgruppe, welcher der gekündigte Arbeitnehmer entstammt, mit 12 bzw. der Multiplikation des Wochenlohnes mit 52 entsteht.

Beispiel: Ein Arbeitnehmer wird am 7. Mai 1923 entlassen. Der Stundenlohn beträgt zu dieser Zeit 1500 Mk. Der Schlichtungsausschuss entscheidet über den Streikfall am 23. Mai 1923, zu welcher Zeit der Stundenlohn 1800 Mk. beträgt. Der Schlichtungsausschuss hat zuerst den Stundenlohn von 1800 Mk. mit der in der Berufsgruppe üblichen Wochenarbeitsstundenzahl zu multiplizieren und diesen Betrag wiederum mit den 52 Jahreswochen zu multiplizieren und hieraus die Entschädigung festzusetzen.

Eine Entscheidung auf Grund des § 87 des Betriebsrätegesetzes erlangt mit ihrer Verkündung Rechtskraft. Wenn nunmehr der Arbeitnehmer den fälligen Betrag nicht umgehend an den Arbeitnehmer bezahlt oder überhaupt ablehnt, die Entscheidung anzuerkennen, so daß die Vollstreckbarerklärung derselben vor dem Kaufmanns- oder Gewerbe- oder Amtsgericht beantragt werden muß, gibt der neue Absatz 4 des § 87 des BRG. außer den §§ 286 Abs. 1 und 288 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich die Möglichkeit, außer auf Vollstreckbarkeit der Entscheidung auch noch auf Erlass des Verzugschadens zu klagen.

Wenn also nach dem vorangeführten Beispiel die Entscheidung am 23. Mai 1923 gefallen ist, infolge der Weigerung des Arbeitgebers die Entschädigung zu bezahlen, jedoch die Klage auf Vollstreckbarerklärung notwendig wird und das Gericht am 5. Juli 1923 ein Urteil fällt, zu welcher Zeit beispielsweise der Stundenlohn 2400 Mk. beträgt, ist die Differenz bei einem Stundenlohn von 1800 Mk. am 23. Mai 1923 und von 2400 Mk. am 5. Juli 1923 als Verzugschaden einzuklagen. Es ist mithin neben der Entschädigungssumme ein Anspruch von 33 1/2 Prozent als Verzugschaden entstanden.

Die Unternehmer sind somit jetzt wiederum gezwungen, sich vor einer Entlassung zu überlegen, ob diese berechtigt ist oder nicht, wenn sie sich im letzteren Falle nicht einer erheblichen, allerdings auch verdienten finanziellen Belastung aussetzen wollen. Dringend notwendig ist es außerdem, um nicht den durch das neue Gesetz für die Arbeitnehmer erreichten Vorteil wieder auszuscheiden, daß die gesetzlichen Verfahrensbestimmungen beachtet werden, also, daß eine gesetzliche Betriebsvertretung besteht, daß der Gruppenrat ordnungsmäßig angerufen ist, daß der Gruppenrat den Einspruch für begründet erklärt und daß die Einspruchsfrist (Anrufung des Gruppenrats, Verhandlungsvorhandlungen mit dem Unternehmer, Anrufung des Schlichtungsausschusses) gewahrt worden sind. Dann ist bei dem Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss zu beachten, daß nur der gesetzliche Schlichtungsausschuss in Frage kommt.

Es liegt also nunmehr an unseren Betriebsvertretungskollegen, daß sie die vorangeführten Bestimmungen und Hinweise reiflich beachten. Gelingt dies aber, dann wird für die Folge das Betriebsrätegesetz wieder eine bessere Waffe der Arbeitnehmer im Kampfe für Arbeitnehmerrechte werden, als es in den letzten Monaten infolge der Geldentwertung gewesen ist.

## Löhne der Ofenseher.

Am 20. Mai verhandelte die Organisationsteilung der Ofenseher Berlins und der Provinz Brandenburg mit den Unternehmern über die Lohnfrage. Die Unternehmer lehnten jede Erhöhung rund ab. Der angerufene Schlichtungsausschuss Groß-Berlin setzte den Stundenlohn für Berlin ab 10. Mai auf 2090 Mk. fest. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Die Arbeitnehmer haben sofort beim „Demo“ die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Mit den Unternehmern der Provinz kam eine Vereinbarung zustande. Die Aprillöhne werden ab 12. Mai um 10 Proz. erhöht. Demgemäß betragen die Stundenlöhne in der Staffel I: 1988,50 Mk., in Staffel II: 1922,80 Mk., in Staffel III: 1776,50 Mk. Die Teuerungszulagen bei Akkordearbeiten haben demgemäß die Höhe von 198 450, 192 180 und 177 550 Proz. erreicht. Die Löhne der Hilfsarbeiter erhalten ebenfalls einen 10proz. Zuschlag. Da die Löhne für die Provinz durch diese Vereinbarung die Berliner Löhne übersteigen, dürften auch die Berliner Unternehmer nachträglich den Schiedsspruch anerkennen.

## Lohnabschluß im Mineralöl- und Fettgroßhandel.

Dem Arbeitgeberverband des Großhandels wurde vom Deutschen Verkehrsbund auf Grund der verteuerten Lebenshaltung eine Lohnforderung von 50 Proz. für den Monat Mai eingereicht. Am 8. Mai fand die direkte Verhandlung statt. Die Arbeitgeber gaben nach längerer Verhandlung die Zustimmung, daß auf die Lohnsätze des April für den Monat Mai 27,27 Proz. Zulage gewährt werden.

In der Versammlung machte sich eine starke Opposition gegen die geringen Zulagen geltend und es wurde sofortige Arbeitsniederlegung verlangt. Besonders die Mitglieder aus den Großbetrieben wollten sich mit der Zulage nicht einverstanden erklären. Es wurde beschlossen, daß, wenn die Arbeitgeber bei der nächsten Verhandlung den Verlust — wie angedeutet — unternehmen sollten, die Angelernten und die Chausseure schlechter zu entlohnen, wie bisher, dies als eine Kampfansage an alle Arbeitnehmer der Branche betrachtet würde.

Die Organisation wurde beauftragt, unter allen Umständen daran festzuhalten, daß keine Verschlechterung eingeführt wird. Die Kollegenschaft ist bereit, auch in der kommenden Zeit, letzten Endes durch Arbeitsniederlegung, Verschlechterungen abzuwehren.

Schumann vom Deutschen Verkehrsbund ergänzte die Ausführungen der Lohnkommission und riet den Anwesenden, das Verhandlungsergebnis anzunehmen, jedoch alle Vorbereitungen zu treffen, um im nächsten Monat die Absichten der Arbeitgeber abzuwehren zu können. Die Abstimmung zeigte eine geringe Majorität. Damit ist die Lohnbewegung für Mai abgeschlossen; gedruckte Tarifabzüge sind im Bureau, Zimmer 20 und 81 des Gewerkschaftshauses, abzuholen. — Auch für die Gruppe Samenhandel konnte die Bewegung abgeschlossen werden. Die Tarife sind abzuholen.

## Reichstarif der Graveure und Ziseleure.

Die Tariflöhne für Berlin betragen pro Stunde ab der Lohnwoche, in die der 7. Mai fällt, für: Graveure und Ziseleure: Im 1. Jahre nach der Lehre 1639 Mk., bis 22 Jahre 1716 Mk., über 22 bis 24 Jahre 1771 Mk., über 24 Jahre 1870 Mk. Für Hilfsarbeiter: über 18 bis 19 Jahre 1584 Mk., über 20 bis 21 Jahre 1617 Mk., über 22 bis 24 Jahre 1661 Mk., über 24 Jahre 1788 Mk. Die Löhne der Hilfsarbeiter unter 18 Jahren werden in gleichem Verhältnis um 10 Proz. erhöht. Gelehrte Arbeiterinnen erhalten 70 Proz., ungelernete 60 Proz. der Löhne der Hilfsarbeiter der jeweiligen Jahreshalften. Am 25. Mai finden neue Verhandlungen statt.

## Neue Lohnfestsetzung für das Malergewerbe.

Nach der Entscheidung des Haupttarifamtes vom 7. Mai beträgt der Lohn für Maler in Groß-Berlin vom 12. Mai ab 1800 Mark pro Stunde. Das Lohnabkommen gilt bis einschließlich 1. Juni 1923.

Die Teuerungszulagen in den Kunstbetrieben betragen ab 3. Mai 1923: für Facharbeiter 200, für Ungelernte 175, für Frauen und Jugendliche 110 Mk. pro Stunde.

Neue Löhne in der Chirurgiemechnik. Mit Wirkung vom 1. bis 14. Mai 1923 werden die Löhne und Akkordeböden und der feste Stundenzuschlag um 15 Prozent, die Löhne der Orthopäden und Bandagisten werden auch um 15 Prozent, die der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren um 10 Prozent erhöht.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei hat abgenommen. In der zweiten Aprilhälfte betrug die Zahl der staatlich unterstützten Arbeitslosen 140 000, das sind 40 000 weniger als im Vormonat. Immerhin, 140 000 Arbeitslose sind für die Tschechoslowakei noch reichlich zuziel.

Republikaner, Fachgruppe Glaser. Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Bericht über den Tarifabschluß. Zahlreiches Erscheinen erwartet die Fachgruppenleitung.

Zentralverband der Schachmacher. Montag, den 14. Mai, Versammlung der Aufwächter abends 8 1/2 Uhr im Rindfleischhof. — Versammlung der Betriebsräte der Lederindustrie abends 7 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Angelufer 24-25. Betriebsratskarte für 1923 dient als Legitimation. — Dienstag, den 15. Mai, Versammlung der Betriebsräte, Ökulte, Vertrauensmänner, Beauftragter und Bezirksleiter, abends 8 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 20.

Währung, Mitglieder des DEB! Dienstag 6 Uhr in der Brauerei Köpenick, Schönhafer Allee 10. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe. Tagesordnung: 1. Stand unserer Lohn- und Gehaltsbewegung. 2. Aussprache. Den Mitgliedern ist Gelegenheit gegeben worden, in dieser Versammlung zu dem Ergebnis der Verhandlungen, welche am Montag begannen, Stellung zu nehmen, und falls daselbst unbefriedigend ist, über weitere Maßnahmen zu beschließen. Nicht aller dienstfreien Mitglieder ist es, die Versammlung zu besuchen. Ordnungsmäßiges Mitgliederbuch mitzubringen. Die Ortsverwaltung: ges. Sekret.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kreisvorsitzende! Die Kassierer des 10., 17. und 20. Kreises haben das vierte Quartal 1922/23 noch immer nicht abgerechnet. — Der Kassierer der 139. Abteilung, Logel, hat trotz mehrfacher Aufforderung auch noch immer nicht die Adresse des Inhabers der Sammelstelle Nr. 2208 für den Kampffonds angegeben. — Wir erziehen die Funktionäre, energisch auf prompte Erledigung der Kassengeschäfte zu dringen. J. H. Hey Bogels.

- 2. Kreis, Wedding, Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, Fraktionsübung im Lehgenheim, Sitzungszimmer. Alle Stadt- und Parteivorstände müssen erscheinen.
- 6. Kreis, Kreuzberg, Bildungsausschuß, Sonntag, den 13. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Reim, Uebankstraße. Karten abgeben.
- 7. Kreis, Charlottenburg, Die bei der Kassierer idig genannten Genossen werden gebeten, am Sonntag vormittags 10 Uhr bei Dierig, Goebeler Berg 26, zu erscheinen, um die Abrechnung entgegenzunehmen.
- 5. Kreis, Friedrichshagen, Mittwoch, den 16. Mai, 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Camerun-Gebäuden, Kameier Str. 67. Vortrag des Gen. Rehbauer Schiff: „Die Aufgaben des „Bornditt“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

### Heute, Sonnabend, den 12. Mai:

32. Abt. Charlottenburg, 8 Uhr Funktionärübung bei Bode, Raffin-Kugelhohl-allee 22.

### Morgen, Sonntag, den 13. Mai:

26. Abt. Formittags von 9-3 Uhr Elternbeiratswahlen der 106. Gemeindefschule, Ralmarer Straße. Genossen, die als Wahlhelfer fungieren, treffen sich vormittags 8 Uhr bei Rosend, Prenzlauer Allee 22. Wahlhilfe bringern notwendig.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Die heutige Geschäftslage empfiehlt Ihre Fertigkeit in Form von Schichten zum Essen von Speisen und Getränken, wie Rhabarber, Kaffee, Tee usw. Bitte des Inhabers in der heutigen Ausgabe.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Verlag: Bornditt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornditt-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Circa 1. Auflage.

Ankauf



A. Grünberg

Spez. große Objekte und ganze Nachlässe

Potsdamer Str. 53, am Hochbahnhof Bismarck

Unreines Blut und dessen Folge-Erkrankungen wie Hautjucken, Furunkel, Geschwülste werden beseitigt d. Anwendung einer Frühlingskur mit Dr. Heilmanners ges. hoch. Arsen-Lichtholz-Pillen. Leicht bekömmlich! / Buchbinder / Anatomische Literatur gratis. 1) Mantei-Apotheke, Berlin W., Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz) Zentrum 7199

**LUX SEIFENFLOCKEN**

sind für Kopfwaschungen unvergleichlich, sie machen das Haar weich und schön wie Seide.

Sunlicht Gesellschaft A. G. Mannheim-Rheinau

Waldmeister im Regen.

Durch die Wälder zieht jetzt ein zarter Duft und lockt den Wanderer in die Tiefe des Waldes, wo der Waldmeister blüht.

Das war vorgestern ein wahrer Regentag, das Rah kloß un-aufhaltsam und dort, wo die hier geschiederten „Herrenpartien“ doch nonstatten gingen, war man um so eher geneigt, der Feuchtigkeit zu weichen.

Der so vorerregte Tag sah aber noch andere Partien und Ekturionen in die Wälder, doch für Humor hatten diese Waldmeisterfächer keinen Sinn.

Der arme Mensch aber kann sich heute an diesen lieblichen Kindern der Natur nur von fern erfreuen. Kaufen kann er von den Blumen und Blüten nur wenig, um seine kahle und lüchlich möblierte Wohnung mit ihnen zu schmücken.

Die Berliner Werksreorganisation.

Endlich scheint es, als ob die Reorganisations der Berliner Werke nun doch langsam in irgendeiner Form geregelt werden sollte.

Eine städtische Kartoffelreserve.

Der Magistrat hat beschlossen, für den nächsten Winter wiederum eine städtische Kartoffelreserve in Höhe von etwa dreihunderttausend Zentnern zu beschaffen.

Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Anderson.

Der Schiffer schien ihn gar nicht zu hören. „Das Alte zieht einen doch immer wieder an, wenn man auch weiß, wie verändert alles ist.“

„Man kann es aber draußen wie ein König haben“, fuhr er fort, nachdem er sorgfältig probiert hatte. „Alles, was man braucht, Haus und Familie und Obst und Früchte des Feldes in Hülle und Fülle.“

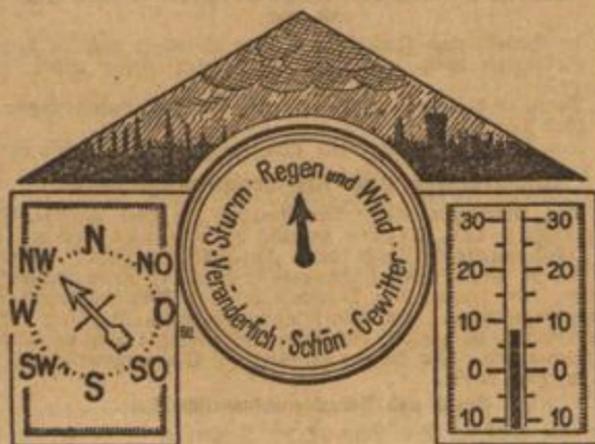
„Ja, es war, wie gesagt, vor einem Menschenalter. Jetzt ginge das ja nicht mehr“, fuhr der Schiffer fort.

billigten Preisen abgegeben hat, konnte auf eine Inanspruchnahme städtischer Mittel verzichtet werden.

Die Volksschulnot.

Vor kurzem veranstaltete der Lehrerverband Berlin zu einer Professionsdebatte gegen den vom Magistrat beabsichtigten Stellenabbau von Lehrkräften eingeladen, zu der Eltern und Lehrer aller Richtungen erschienen waren.

Wie wird das Sonntagswetter?



Seit Anfang der Woche drangen verschiedene kleine Tiefdruckgebiete von Nordwesten und Südwesten her gegen Mitteleuropa vor, wo sie sich zum Teil miteinander vereinigten und an Ausdehnung und Tiefe mehr und mehr zunahmten.

wiederholter, dringender Aufforderung. Einer davon war der ehemalige Lehrer Renzel, Vertrauensmann der Lehrerschaft!

Alles ist Geschäft.

Ein „Ehrentag für deutsche Mütter“.

An die verschiedensten Stellen wird gegenwärtig ein Rundschreiben verandt, in dem Propaganda für eine Ehrtung deutscher Mütter gemacht wird.

Jeder, der diesen Aufruf unbefangen liest, wird sich gern und freudig bereit erklären, sein Scherstein zur Linderung der weitläufigen Not beizutragen.

Ein blamabler Prozeß.

Die Affäre des Zahnarztes Freund in Neutölln.

Die Beleidigungsklage des Landtagsabgeordneten, Zahnarztes Dr. Freund in Neutölln gegen den Dentisten Bärwald und dessen jehigen Steuerfretär Kornfeld wurde gestern vor der Berufungsstrafkammer 5 des Landgerichts II nochmals verhandelt.

Gegen Freund waren, nachdem er als Neutöllner Stadtrat und Deputierter für die Schulzahnklinik die Befehung einer Effizientinnenstelle nicht mit einer Dentistin, sondern mit einer Zahnärztin empfohlen hatte, die Dentisten mit scharfen Angriffen vorgegangen.

Gegen das Schöffengerichtsurteil legte Freund Berufung ein. Zu der Verhandlung vor dem Landgericht war eine so große Zeugenschaft aufgeboden worden, daß sie im Schwurgerichtssaal stattfinden mußte.

anfangen, da entdeckten sie ihn, und nun ist er ihre rechte Hand geworden hier draußen, baut Brahma, stillt Warenschuppen auf, steht nach den Berührungsbogen, Seezeichen und allem Sonstigen.

„Ich war schon unten auf Deck und konnte nicht mehr hören, ob der Steuermann etwas mußte oder nicht.“

Auf der Großflute jaharachten die drei Kameraden, die Freimaade hatten, und unter dem Bootsgalgen lag Bong Lee in seiner blendend weißen Segelstuhlhängekoje.

„Nein, Bong Lee hatte keinen Zopf nicht verloren, sondern war immer noch ein achtbarer Chinese.“

„Ich ging auf die Bad, wo es lustig und frisch war. Sultwan hatte Ausgud.“

„Ein König kann es nicht herrlicher haben, dachte ich, als ich mich hingelegt hatte.“

„Es ist nichts damit los, Europa ist gänzlich zurückgeblieben.“

(Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaft

## Die anhaltende Teuerung.

Ämtliche und private Messungen der Durchschnittspreise wichtiger Waren bestätigen die Tatsache, daß die Teuerung, die so drückend auf den breiten Massen lastet, in verstärktem Tempo fortschreitet. Die Großhandelspreise, welche auf die Dauer auch für die Kleinhandelspreise und damit für die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung entscheidend sind, aber der allgemeinen Preisbewegung vorauszuweichen pflegen, zeigen an, daß die jetzt spürbare Teuerungswelle ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Schon der Monat April brachte eine ansteigende Preisbewegung. Die seit Anfang April aufwärtsgerichtete Bewegung der Großhandelspreise erhielt durch die in der zweiten Hälfte des Monats eingetretene Steigerung der Devisenkurse einen neuen Antrieb, der das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 4888fachen des Friedensstandes im Durchschnitt März auf das 5212fache oder um 6,6 Proz. im Durchschnitt April emporführte. Der Dollar wurde im April mit 24 457 M. gegen 21 190 M. im März notiert. Die Höherbewertung beträgt 15,4 Proz. Dieser Bewegung sind die Einfuhrwaren mit einer Steigerung von dem 6816fachen auf das 7466fache oder um 9,5 Proz. nur zögernd gefolgt. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren haben gleichzeitig von dem 4503fachen auf das 4761fache oder um 5,7 Proz. angezogen.

Im einzelnen liegen Getreide und Kartoffeln von dem 2808fachen auf das 3473fache, Fette, Zucker, Fleisch und Fische von dem 4375fachen auf das 4802fache, Kolonialwaren von dem 5208fachen auf das 5917fache, Lebensmittel zusammen von dem 3336fachen auf das 3952fache oder um 18,5 Proz.; Häute und Leder von dem 5674fachen auf das 6566fache, Textilien von dem 8993fachen auf das 9993fache, Metalle und Petroleum von dem 5982fachen auf das 6346fache;

nur die Gruppe Kohlen und Eisen, in der die im Anschluß an die Devisenlenkung vorgenommenen Preiserhöhungen erst im April zur vollen Auswirkung gelangten, zeigt einen Rückgang von dem 7986fachen auf das 7309fache oder um 8,5 Proz., so daß sich für die Hauptgruppe der Industriestoffe im Durchschnitt eine Senkung von dem 7790fachen auf das 7566fache oder um 2,9 Proz. ergibt. Dieser Preisrückgang war aber nur ein ganz vorübergehender. Die nachfolgende Uebersicht der ämtlichen Preismessungen an einzelnen Erzeugnissen zeigt, daß Industriestoffe den vorübergehenden Preisrückschlag nur eine ganz kurze Weile mitgemacht haben, dann aber kräftig gestiegen sind. Heute sind sie trotz der Ermäßigung der Kohlensteuer bereits über ihrem höchsten Stand vom 5. Februar, ja, sie hatten diese Grenze am 25. April bereits überschritten, also noch ehe durch Lohnerhöhungen der geringste Anlaß dazu gegeben war.

Seit ihrem Höchststand vom 5. Februar zeigten die Großhandelspreise des Statistischen Reichsamts an den einzelnen Stichtagen folgende Entwicklung:

	Gesamt- index	Lebens- mittel	Industrie- stoffe	Inlands- waren	Einfuhr- waren
5. Februar . . .	5 967	4 902	7 558	4 925	11 176
25. Februar . . .	5 927	3 993	7 732	4 874	7 170
5. März . . .	5 120	3 662	7 846	4 725	7 093
15. März . . .	4 750	3 195	7 657	4 376	6 618
24. März . . .	4 827	3 299	7 684	4 447	6 577
5. April . . .	4 844	3 567	7 215	4 489	6 628
15. April . . .	4 923	3 694	7 221	4 568	6 699
25. April . . .	5 738	4 451	8 689	5 141	8 723
5. Mai . . .	6 188	4 802	8 779	5 364	10 809

Die Gesamtheit der Waren, die vom 25. April bis zum 5. Mai sich um 7,8 Proz. verteuerten, ist also jetzt bereits höher im Preise als Anfang Februar. Dabei haben die Einfuhrwaren, die am meisten unter dem Einfluß der Währungschwankungen stehen, ihren damaligen Stand noch nicht erreicht. Industriestoffe dagegen haben sich im Verhältnis zu den damaligen Preisen am meisten verteuert, ebenso konnten die niedrig gehaltenen Löhne nicht verhindern, daß die Preise der Inlandswaren jetzt höher sind als am 5. Februar. Die von dem Kommentator der ämtlichen Statistik entweder verschwiegene oder beschönigte Preisdiktatur der Kartelle tritt in diesen Feststellungen besonders zutage.

Die Vertrocknung der Fleischindustrie. Die Vertrocknung der Fleischindustrie der Welt hat seit dem Krieg große Fortschritte gemacht. Während des Krieges bestand eine zentrale Bewirtschaftung der Gefrierfleisch- und Fleischkonserven seitens des Staates im Interesse des Heeres und der Verbraucher (damit sie besser durchhalten konnten), heute belegen die zentrale Bewirtschaftung die großen Privattrusts im Interesse ihrer Aktionäre. C. F. Wise teilt in der neuen Wiederaufbaumnummer des „Manchester Guardian“ über Lebensmittelfragen u. a. mit, daß im Jahre 1919: 1011 500 Tonnen Gefrierfleisch von überseeischen Gebieten eingeführt wurden, 1922 dagegen nur 948 600 Tonnen. Der Grund hierfür war nicht die Abnahme des Fleischkonsums, da man das Vieh in Südamerika infolge des Mangels an Absatzgebieten umkommen ließ. In Neuseeland und Australien haben die Viehzüchter aus demselben Grunde große Verluste erlitten. Dies war die Folge der Wucherpolitik der großen Fleischtrusts, welche die von den Züchtern billig zusammengekauften Produkte oft zu unerschwinglichen Preisen in den Verkehr brachten. Einige Fleischtrusts beherrschen heute den Weltmarkt. Ein amerikanischer (die Vereinigung der sogenannten „Fünf Großen“ und ein englischer sind die führenden). Die südamerikanische (argentinische) Fleischindustrie, die den englischen Markt hauptsächlich mit Gefrierfleisch versorgt, ist vollkommen vertrustet. Der englische Trust hat besonders den Handel mit Hammelfleisch in der Hand. Die Befestigung der Vereinigten Staaten gegen diese Trusts ist vollkommen unwirksam. Die steigende Macht der Landwirte, die sich von den Trusts ausgehen sehen, wird vielleicht die Kontrolle dieser Riesen-einrichtungen zur Aufhebung der Bevölkerung durchsetzen. In Neuseeland schreitet der Staat zur Sozialisierung der Gefrierbetriebe, um die Interessen der Farmer gegen die Trusts zu schützen. Biletschik werden auf diese Weise auch die unorganisierten

und vom Staat vernachlässigten Verbraucher, die Rasse der arbeitenden Bevölkerung — zu billigerem Fleisch kommen.

**Erhöhung der Stahlpreise.** Der Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes hat die Richtpreise für Halbzeug und Walzisen in Thomasgüte vom 10. Mai ab um 23,5 Prozent erhöht. Der Mehrpreis für Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgüte wurde für Stabeisen von 175 000 auf 200 000 M. festgesetzt.

Das Goldzollaufgeld wurde für die kommende Woche entsprechend der Entwertung der Mark wiederum erhöht. Es beträgt für die Zeit vom 15. bis einschl. 22. Mai 740 900 Prozent gegen 614 900 Prozent in der laufenden Woche.

**Ein staatliches russisches Landwirtschaftssyndikat.** Die Sowjetregierung hat die Statuten eines staatlichen Landwirtschaftssyndikats bestätigt, welches die Vereinigung der Trusts der landwirtschaftlichen Großbetriebe sowie einzelner staatlicher Landwirtschaftsbetriebe bezweckt, wodurch ihre Wirtschaftlichkeit erhöht werden soll. Das Grundkapital des neuen Syndikats soll fünf Millionen Goldrubel betragen und setzt sich aus 5000 Aktien zu je 1000 Goldrubel zusammen.

**Devisenkurse.** Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 1105,23 Geld, 1110,77 Brief; 100 österr. Kronen 56,55 Geld, 56,85 Brief; 1 tschechische Krone 1200,00 Geld, 1206,00 Brief; 1 ungarische Krone 7,88 Geld, 7,87 Brief; 1 bulgarische Leva 322,19 Geld, 323,81 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 418,45 Geld, 420,55 Brief. Eine Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 82 Pf.

## Aus der Partei.

### Zum Internationalen Kongreß.

Für den Internationalen Kongreß in Hamburg bestimmte Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen lokaler Art sind sämtlich zu richten an den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Genossen Johs. Begier, Hamburg 36, Große Theaterstr. 44. — Bestellungen auf Privat- wie auch Hotelunterkunft können nur einwandfrei ausgeführt werden, wenn sie bis zum 15. Mai in Hamburg vorliegen und das genaue Datum der Ankunft sowie spezielle Wünsche erkennen lassen. Eine Bestätigung der Eingänge erfolgt nur auf besonderen Antrag.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Berliner Arbeiter-Schachklub.** Sonnabend, den 12. Mai, abends 7 Uhr, Fortsetzung der Generalversammlung. Ferienfortschrittskurs bestimmt entscheiden. Hostos fordert Harz Spiel.

**Reichsbund für Bildung und Bodtung, Ortsgruppe Berlin.** Sonntag vormittag 10 Uhr öffentliche Versammlung. Tagesbesprechender Beschl. spricht über: „Bolschewismus — unsere Bewegung“ (Walter Kollmann, Anhaltstr. 11.).

**Gemeinschaft proletarischer Freunde, Berlin.** Ortsgruppe Wedding. Mitgliederversammlung Montag, den 8. Mai, bei Gasts. Finowweg Str. 26, abends 7½ Uhr. Ref. Gen. Dr. Reichel: „Die stillen Aufgaben des Fortschritts“.

**Rfaboucbms**

Tempel Schacht vergrößert, vom mit Stoff gefüllt. Der feine Gipsgerüst wird gebildet. Die überflüssige Säure entfernt. Stoff ist aus billig und bequemlich. Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

**Garderobe**

**Teilzahlung!**

für Herren: Anzüge, Schläpfer, gestr. Hosen, Paletots

für Damen: Mäntel, Kleider, Kostüme, Röcke

**Gummi-Regenmäntel**

1. best. Qualitäten, solide Ausführung

**GREBLER**

Weinbergsweg 4 | Überschneweide  
am Rosenh. Pl. | Edisonstr. 13

**Bad Sachsa**

Glanzpunkt des Südharzes

**Garderobe**

besonders preiswert auf

**Teilzahlung**

**Herren:** Anzüge, Schläpfer, gestr. Hosen, Ersatz für Maß

**Damen:** Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke

in großer Auswahl

**Regenmäntel**

**Beiser**

Lothringer Str. 67.

**Gewinn-Auszug**

der

**21. Preussisch-Süddeutschen (247. Preussischen) Klassen-Lotterie**

4. Klasse 20. Ziehungstag 9. Mai 1923

Class. Gewin. Nachdruck verboten.

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

10 M	20 000 M	19271	29654	92445	110690
50 M	30 000 M	14557	21521	24234	29458 39349
100 M	40 000 M	63094	78471	81318	88719 100022 140002
1000 M	100 000 M	173498	192061	199173	194764 230494
10000 M	1 000 000 M	268111	273795	287019	291344 294719
100000 M	10 000 000 M	322105	349673	364340	364019 371750

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

2 M	250 000 M	208215
5 M	100 000 M	83639 130338 291992
10 M	50 000 M	67118 174098 201029
25 M	20 000 M	38983 40350 54428 68091 90304
50 M	10 000 M	118953 118409 130640 139027
100 M	5 000 M	164300 164300 180037 192576 194433
1000 M	500 000 M	207409 210217 211506 217881 235933
10000 M	5 000 000 M	278337 281038 297843 299276 330095
100000 M	50 000 000 M	349565 358990 364384 371885

**Gardinen**

Durch äußerst günstige Uebernahme erstklassiger Fabrikkläger können wir

**Künstler-, Madras-, sowie alle anderen Gardinen, Bettdecken, Stückwaren zu niedrigst gestellten Fabrikpreisen abgeben.**

▲ Filet-, Antik- und Handarbeit, Stores, Bettdecken ▲

▼ In prima Ausrüstung zu staunenerregenden Preisen. ▼

**Spezial-Gardinen-Werkstätten**

**Neukölln, Bergstr. 67 II. Etage**

am Ringbahnhof

Unsere Werkstätten bestehen seit 18 Jahren, reichlich bekannt durch Reklame!

**Tüchtiges Haus- u. Wirtschaftspersonal**

meldet sich sofort auf eine

**Kleine Anzeige im „Vorwärts“**

**Die Abtreibung der Leibesfrucht**

von Universitäts-Professorin A. Grotjahn und G. Radbruch

Wichtig für Eheleute, Kranke und Hebammen

Preis-Grundzahl M. 0,10

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

**Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus**

Handelsgerichtlich eingetr. Firma

Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch

Lützow 2760 Potsdamer Str. 118

**Dr. R. Friedeburg**

(früher Berlin) praktiziert wieder

**Bad Kudowa.**

# Entscheidung billig!

**Weiß Leinen Damen-Schnürschuh** aus allerbestem Oberstoff m. guter Lederlohle **21<sup>500</sup>** Mark

**Vornehmer Damen-Schnürschuh** mit echter Lackkappe in bester Verarbeitung . . . **35<sup>900</sup>** Mark

**Eleganter Herren-Schnürstiefel**, bestes Rindboxleder u. Ia Material, strapazierfest. **59<sup>500</sup>** Mark

**Sonnen-Tack** & Cie AG. Burg b. Magdabg.

Schuhfabrik

SW, Friedrichstr. 240/41	NW, Wilsnacker Str. 22	O, Andreasstraße 50	C, Rosenthaler Straße 14
W, Potsdamer Straße 50	N, Brunnenstraße 37	O, Frankfurter Allee 22	C, Neukölln, Bergstr. 30/31
W, Schillstraße 16	N, Danziger Straße 1	SO, Oranienstraße 2a	Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 122/23, Potsdam
NW, Beußelstraße 27	N, Friedrichstraße 130	SO, Wrangelstraße 40	Brandenburger Straße 54
NW, Turmstraße 41	N, Müllerstraße 3	C, Spittelmarkt 15	

**Billige Gardinen**

Trotz starker Markentwertung folgendes Angebot:

Künstler-Garnituren	22 300	25 300	34 000	46 000
Madras-Garnituren	32 500	45 000	58 000	68 000
Halb-Stores	16 800	24 500	27 800	32 500
Bettdecken, 1- u. 2bettig	18 000	32 000	49 500	62 000
Etamine, zirka 150 cm breit, kariert	. . . per Meter 5 800			

Stückwaren, schmal und breit, zu billigst gestellten Preisen.

Nur günstigste Disposition und rücksichtslose Herabdrückung unserer, als billig längst bekannten Preise ermöglichen diesen Reklameverkauf, denn die offeriert. Waren sind teilweise auf Dollarstand 10000 kalkuliert.

Steppdecken in nur guten Qualität. 67 200 89 500 99 500 108 000

Wachstuch, 100 cm breit, viele Muster, solange Vorrat pr. Meter 9 000

Tischdecken, Divandeecken, Läuferstoffe äußerst billig!

**Sächsisch. Gardinen- u. Einrichtungs-Haus**

**nur Neukölln, Hermannstraße 82**

